

Neue Zürcher Zeitung

Abonnemente:

	1 Monat	3 Mte.	6 Mte.	12 Mte.
Zürich am Schalter oder bei Ablagen	Fr. 2.60	7.—	12.50	25.—
Durch Austräger ins Haus gebracht	3.50	9.—	17.—	32.—
Schweiz Bestellung beim Postamt	3.50	9.—	17.—	32.—
Versendung unter Streifenband	4.50	12.—	22.50	44.—
Ausland unter Streifenband: à 3 Rp. Porto	8.—	23.—	44.—	80.—
unter Streifenband à 5 Rp. Porto	10.—	27.—	50.—	88.—

Bezug im postamtlichen Abonnement: Auskunft an den Post-Zeitungs-Schalter

und schweizerisches Handelsblatt
Täglich 3 Ausgaben
 Redaktion: Falkenstrasse 11, Zürich 1
 Administration: Theaterstrasse 1, Druckerei: Goethestrasse 10
 Telefon 2 71 00, Hauptpostfach, Postfachkonto VIII 645

Annoncen: Von Seite 8 Spalten à 40 Millimeterzeilen
 Preis der Millimeterzeile
 für lokale Geschäftsempfehlungen 25 Rp.
 für Anzeigen schweizerischen Ursprungs 30 Rp.
 für Anzeigen ausländischen Ursprungs 35 Rp.
 für Reklamen pro doppelbreite Zeile 1.25 Fr.
 Abschluss- und Wiederholungsrabatte nach Tarif
 Annoncen-Abteilung: Theaterstrasse 1 und Bahnhofstrasse 70
 Briefadresse: Postfach Fraumünster, Postfach VIII 1264

Es geht um die Seele unseres Landes Zur Ueberfremdung

A. St. Man ist nun auch bei uns erwacht. Die Erkenntnis, daß es an der Zeit ist, der Zusammenfassung und den Strukturveränderungen unserer Bevölkerung mehr Beachtung zu schenken, scheint allgemein geworden zu sein. Es wird seit der Bloßstellung einiger Eidgenossen nationalsozialistischen Credos in viel Eifer und Abwehrwillen gemacht. Männiglich ist bereit, allen diesen Erscheinungen, die freilich nur Symptome viel tiefer liegender Krankheitsherde sind, tatkräftig zu Leibe zu gehen. Hoffentlich wird darob nicht vergessen, auch die Ursachen zu ergründen und nach deren Feststellung dort zu kurieren, wo allein noch mit einer dauernden Heilung gerechnet werden kann.

In einem Punkt sind wir ja alle einig: die Schweiz ist überbevölkert. Sie war es schon zu einer Zeit, wo die Bewegungsfreiheit durch die sozialenordnungsrechtlichen Handelsbeziehungen die letzten Energien aufzubieten hatte, um ihren Bewohnern zulaufendes Wohnen, ausreichende Nahrung und durchschnittliches Wohlbehagen zu sichern. Jetzt, wo die Bewegungsfreiheit durch zum Teil schwer erträgliche Maßnahmen des devisenbewirtschafteten Auslandes ihr bitteres Ende gefunden hat, wird uns erst klar bewußt, was früher kaum geglaubt wurde: wir sind überbevölkert.

Nun sind allerdings die finsternen Helfer bereits am Werk: Philantropen, Kolonistoren oder solche, die es werden möchten, die Neuland forschend bereisen, um Raum für unsere Ueberzahl zu schaffen. Bergleute, Bauernsöhne und Familien aus dem Innern des Landes sollen zur Abwanderung aufgemuntert, im Grunde genommen an Stelle von Waren exportiert werden. Unsere moralischen und physischen Kraftquellen, ausgerechnet die Menschen mit dem tiefsten Heimatgefühl, die Erdbundenen, Dienstfähigen und am meisten Brauchbaren werden von den Aufstiegen weggeworfen, weil dies das angeblich rationellste, auf alle Fälle jedenfalls das bequemste Mittel zur Entlastung des überbevölkerten Landes ist. Daß am Verdienst dieser vaterländischen Expeditionen journalistisch auch ein Neuschweizer, der bis vor wenig Jahren wieder im Ausland lebte, teil hat, illustriert nur, wie neben Berufenern auch völlig Unberufene sich in die Lösung ernstester Probleme zu mischen belieben. Würden alle die Pioniere der Auswanderung nur die Hälfte ihrer Mühen und Kosten darauf verwenden, den jungen, angehenden Kaufleuten zu vorübergehendem Aufenthalt und nützlicher Beschäftigung auf fremden Plätzen in irgend einer Form und über den eingeleiteten Austausch der stagiaires hinaus zu verhelfen, so müßte ihnen das Land und die Jugend ungeteilten Dank.

Wohl wissen wir, daß es für überbevölkerte Gegenden eine Auswanderungsfrage gibt, die so oder anders gelöst werden muß. Vernünftigerweise hat aber der Politik des planmäßigen Abbaus der Ueberzahligen eine ebenso hochnotpeinliche Regelung der Zuwanderung von Ausländern vorauszugehen. Denn schlimmer als die Ueberbevölkerung ist die darin in Erscheinung tretende Ueberfremdung. Wer immer an die Behebung der mit ersterer zusammenhängenden

Arbeitslosigkeit herantritt, ohne die Ausländerfrage gleich mit zu lösen, schöpft in das bekannte Faß ohne Boden. Es ist ein selbstmörderisches Unterfangen, die Besten der Heimat — wir sprechen dies mit voller Ueberzeugung aus — vielleicht für immer zur Ausreise und damit zum Dienst an fremder Erde zu veranlassen, während unser Land gleichzeitig die doppelte oder mehrfache Zahl keineswegs gefeierter Ausländer aufnimmt und gar hereinkomplimentiert. Wir haben gesagt, es sei Selbstmord; wir hätten ebensoviel von Bahnhöfen reden können. Während am Geschäft des Menschenportiers Gutgläubige, Wohlmeinende, Rechtgefinnte, aber auch Phantasten und Besserwisser beteiligt sind, wird der Menschenimport u. a. durch Rechtsagenten, Geschäftsleute, Ratsherren oder Parteibestimmte wenn nicht vermittelt, so doch freundlichst erleichtert. Man nennt das euphemistisch: wohlwollende Begutachtung der Einreise- und Aufenthaltsgesuche.

Die Schweiz hat nie eine Bevölkerungspolitik auf weite Sicht getrieben, und sie wird das noch zu büßen haben. Diese Feststellung berührt selbstverständlich die rühmliche Aktivität des Chefs der eidgenössischen Fremdenpolizei, aus der gegenwärtigen Verfahrensweise zu retten, was zu retten ist, keineswegs. Früher geübte Liberalität, vom Gesetzgeber verschuldete Sorglosigkeit, falsch begriffenes Ahnrecht haben der Bevölkerungsbewegung den Lauf gelassen. Gesunde, der Gesamtheit frommende Entwicklung ist von verderblicher nicht streng unterschieden und nicht geschieden worden. Man sah den Dingen zu und schloß sich unangenehm aus der Ruhe gestört, wenn einmal von irgendwem auf die Wendung zum Schlimmen hingewiesen wurde. Und heute, wo die Unhaltbarkeit der Verhältnisse dem Arglosen vor Augen tritt, denken die Voreiligen zuallererst an das Verschiden unersehnter Volksteile, ehe sie es sich zurechtlegen, daß man sich eigentlich damit besäßen könnte, den Zustrom fremder Elemente abzumildern. Dem Lande ist wahrhaft nicht gedient, wenn man grundverworfene Stämme ausgräbt und wegbesördert, um dafür Holz einzuführen, das bei uns nie oder nur mühsam Wurzeln schlägt. Mit dieser ständigen Auswechslung eigener Leute gegen größere Kontingente Einreiseflüchtiger erfährt das schweizerische Volkstum in der Tat eine bedrohliche Schwächung. Dr. Schwarz hat vor mehreren Jahren an dieser Stelle einen statistischen Ausschnitt dieser Verunsicherung aus den Jahren 1921 bis 1930 veröffentlicht.

Zunahme des ausländischen Elementes durch:

Geburtenüberschuß der Ausländer	2 898
Einbürgerungen	49 385
Einheirat von Ausländerinnen	30 141
Einwanderung von Ausländern	17 939
100 363	

Abnahme des schweizerischen Elementes durch:

Mehrauswanderung von Schweizern	77 324
Heirat von Schweizerinnen und Ausländern	11 763
89 087	

Aus diesen Zahlen und ihren schweren Inhalten kann sich jeder das eidgenössische Defizit selbst ausrechnen. Im übrigen braucht er sich

nur umzusehen, etwa die Namen von Mannschaften oder die Cheverklündigungen oder gewisse Vereinslisten durchzugehen. Wie sehr sich der Bestand an altem Schweizerum gelockert hat, zeigt die symptomatische Tatsache, daß es in unserem Land städtische Geschäftsstraßen gibt, in denen sechzig Prozent der Ladenbesitzer Ausländer oder Neubürger sind.

Wo aber Leid ist, da sind auch die Tröster gleich zur Stelle. Die Zahl der Ausländer sei von einem Maximum von 15 Prozent auf etwa 9 Prozent zurückgegangen, meinen die Statistiker. Sie verschweigen aber im gleichen Moment, daß dieser Rückgang zu einem guten Teil auf die Masseneinbürgerungen, in denen man einst die Rettung aus der Ueberfremdung erblickte, zurückzuführen ist. Selbst mit den rund 9 Prozent stehen wir noch an der Spitze aller europäischen Staaten. Deutschland z. B. weist knapp 2 Prozent, Belgien etwa 3½ Prozent, das gastfreundliche Frankreich 4 Prozent auf. Von den 355 000 Ausländern sind bereits 300 000 im Besitze der Niederlassungsbewilligung, können also, ohne daß sie sich etwas haben zuschulden kommen lassen, nicht des Landes verwiesen werden. In der „N. Z.“ vom 12. Juli 1938 ist in einem Bericht gelagt, daß jene Niedergelassenen „somit auch das Recht auf Arbeit“ hätten. Hier muß scharf unterschieden werden: sie haben wohl das Recht zur Arbeit, sie haben aber kein Recht auf Arbeit. Sie können mit andern Worten arbeiten, falls sie Beschäftigung finden; sie haben jedoch keinerlei Anspruch darauf, daß man ihnen Arbeit beschaffe. Dieser grundgesetzliche Unterschied soll endlich einmal hervorgehoben werden, vorab in einer Zeit, wo sich Geschäftsleute und Handwerker nichts daraus zu machen scheinen, gegebenenfalls Schweizer zu entlassen, und andererseits verspricht zu sein glauben, den Ausländern zu behalten.

Die Niederlassungsverträge taten uns aber auch sonst und von jeher Unrecht, indem sie das kleine Land gleich dem großen behandelten, keine Rücksicht auf die vermehrte Empfindlichkeit des Zwerghaars nahmen und so den Grund zu allen Uebeln unseres Völkergemisches legten. Weshalb sollte es nicht auszuwenden sein, daß man in internationalen Uebereinkommen erklärte, es sei keinem Staate die Aufnahme von mehr als zwei oder drei Prozent der eigenen Bevölkerung zuzumuten! So würde die Einwanderung kontingentiert, was seit der Bevölkerungspolitik der nordamerikanischen Staaten ja kein Novum und kein Waqnis mehr ist. Noch haben wir es in der Hand, unsern Staatshaushalt nach eigenen Bedürfnissen zu bestellen. Da die kriegsführenden Staaten vor reichlich zwanzig Jahren die in früheren Niederlassungsverträgen garantierte Freizügigkeit aufhoben, haben auch wir, wie wir aus berufenstem Munde hörten, die volle Freiheit im Entscheid über die Zulassung von Ausländern zurückgewonnen. Warum also die fortgesetzte Nachzügigkeit? Es wäre zu interessant, einmal ein Namensverzeichnis der vielen Vettergötter zu erstellen, die sich um den sogenannten Wandergewinn, wie die im Zahlenwahn besangenen Städte das ungeheure Wachstum zu etikettieren belieben, auf eidgenössischem Boden „verdient“ machen. Sind die Ausländer einmal im Lande, so erlangen sie nach einer Bewährungsfrist von nur fünf Jahren die Niederlassung. Und da wir uns immer noch an die Spielregeln der einstigen Verträge halten, gewinnt der Ausländer außer der Duldung auch

die Freizügigkeit und das Recht zur Arbeit. Warum um Himmels willen, wenn andere Staaten kein Gegenrecht üben? Wozu denn länger unterscheiden zwischen Aufenthalt und Niedergelassenem? Für uns sind beide Ausländer. Gewisse Staaten, und zwar Staaten, die sich trotz fehlenden Risikos vor einer eigentlichen Ueberfremdung vorzorglich zu schützen wissen, verhindern, wenn wir recht unterrichtet sind, zu gewissen Zeiten den automatischen Uebertritt von Aufenthalt zu Niederlassung dadurch, daß sie nach Ablauf der Probezeit, als was die Dauer des sogenannten Aufenthaltes zu gelten hat, die Bewilligung entziehen und dem Ausländer es überlassen, nach einigen Wochen gleichsam wieder neu eingzureisen und sich anzumelden. Ab diesem Datum fängt die gesetzliche Aufenthaltsfrist neu zu laufen an.

(Schluß folgt.)

Eidgenossenschaft

Um die einheitliche Armeeführung

Bern, 16. Dez. * Der Bundesrat hat die Vorlage des eidgenössischen Militärdepartements über die Armeeführung in Beratung gezogen. Die Diskussion soll am nächsten Montag abgeschlossen werden.

Die deutsche Judenpolitik

London, 16. Dez. (Tel. der „United Press“) Gestern abend erörterte Dr. Schacht mit dem Vorsitzenden des Evian-Komitees, dem Amerikaner Rublee, die deutschen Pläne für die Auswanderung von 700 000 Juden. Die Zusammenkunft mit Vertretern der deutschen Regierung, um die sich Rublee seit Monaten vergeblich bemüht hatte, fand im engsten Kreise statt. Wie verlautet, soll Schacht die Möglichkeit einer internationalen Anleihe zur Finanzierung der Auswanderung in die Debatte geworfen haben. Die Anleihe soll gleichzeitig zur Ansiedlung der Juden in den neuen Heimatländern dienen. Als Sicherheit für die Anleihe würde das in Deutschland verbleibende Vermögen der Juden dienen. Auf diese Weise brauchte Deutschland keine Devisen für die jüdische Auswanderung zur Verfügung zu stellen. Man nimmt an, daß die deutsche Regierung möglicherweise einen Teil des Geldes, das sie durch den erhöhten Export erhält, als Beitrag zur Lösung des Problems zur Verfügung stellen wird; die Ueberführung des jüdischen Vermögens ins Ausland soll durch zusätzlichen Export deutscher Waren erfolgen. Es heißt, daß Rublee, bevor er in weitere Erörterungen eintritt, die deutschen Vorschläge mit seinen Finanzfachverständigen besprechen möchte. Er dürfte auch mit der amerikanischen, britischen und französischen Regierung, sowie mit anderen Mitgliedern des Evian-Komitees in Verbindung treten, um ihre Stellungnahme zu erfahren.

Eine amerikanische Note

Washington, 16. Dez. ag (Gavas) Der stellvertretende Staatssekretär Sumner Welles gab bekannt, daß der amerikanische Geschäftsträger in Berlin gestern im Auswärtigen Amt eine Note überreichte, in welcher die deutsche Regie-

21. Jahrhundert

Von Ladislaus Gömöri

Mathias Pemete, der große Pläneschmied, suchte mich gestern vormittag im Kaffeehaus auf und fragte mich, ob ich Lust hätte, ein Herrscher zu werden.

„Ja“, erwiderte ich ohne Zögern.

„Und was für ein Herrscher möchten Sie sein? König, Kaiser, Staatspräsident?“

„Ein Kurfürst“, flüsterte ich verächtlich.

„Bitte sehr“, willigte er ein wenig betroffen ein.

„Gut, Sie sollen ein Kurfürst werden.“

„Ein Land haben Sie schon?“ fragte ich begierig.

„Er knüpft seinen Salko zu, nestelte an der Kravatte, richtete sich auf: „Ich werde eines haben!“

„Er erzählte mir, es gäbe im Atlantischen Ozean eine Unmenge unbewohnter Inseln, mindestens hundertzwanzig, auf die noch kein einziger Staat die Hand gelegt habe. Wir würden uns die fruchtbarste Insel aussuchen und auf dieser ein Reich gründen. Ich sollte der Herrscher sein, er aber mein Untertan.“

„Wir würden im ganzen Reich also nur zu zweit sein?“ fragte ich entmutigt.

„Keine Spur! Bitte das nur mir zu überlassen. Ich will das Land schon bevölkern. Ich werde heiraten.“

Allmählich kamen die Umrisse des neuen Reiches zum Vorschein. Pemetes Nachkommen würden die Ureinwohner bilden. Außerdem wollte er hundert Staatsbürger akquirieren: diese würden die Eingewanderten sein.

Bei diesem Punkt stiegen mir Zweifel auf:

„Wer wird zu uns einwandern, Herr Pemete? In ein Land, in dem ich Herrscher bin?“

Pemete vergaß seine bürgerrechtliche Stellung und fuhr mich in einem für einen Untertan ziemlich gereizten Ton an:

„Sie verlieren immer gleich den Mut! So kann man kein Reich gründen. Die demokratische Verfassung und die volkstümlichen Gesetze unseres Landes werden eine Einwanderung begehrenswert erscheinen lassen. Wir wollen die Religions-, Presse- und Gedankenfreiheit gesetzlich festlegen, ebenso auch das geheime Wahlrecht, volle Gleichheit vor dem Gesetze und eine ausgiebige Arbeitslosenunterstützung. Jeder Arbeitslose bekommt vom Staate eine monatliche Unterstützung von 100 Dollar.“

Ich erschrak:

„Wo denken Sie hin, Herr Pemete! Wenn ich auch nur fünfzig Arbeitslose unterstützen müßte, wären das 5000 Dollar im Monat. Wo soll ich dieses viele Geld hernehmen?“

Er zog die Augenbrauen zusammen:

„Sie lassen schon wieder den Mut sinken... Ich sagte ja nicht, daß wir die Unterstützung auszahlen, sondern nur, daß wir sie gesetzlich festlegen werden.“

„Das ist Betrug!“ erklärte ich empört. „Etwas versprechen und dann nicht halten, ist ganz gemeine Hochstaplerei.“

„Ja, wenn es eine Privatperson macht“, beschwichtigte er mich, „wenn es aber ein Kurfürst tut...“

„Dann?“

„Geschlecht es zum Wohle des Vaterlandes. Erheben Sie doch nicht so viel Einwände! Sobald sich

die Bevölkerung niedergelassen hat, werden wir ein neues Gesetz veröffentlichen. Wir streichen die Religionsfreiheit, das geheime Wahlrecht, heben die Gleichheit vor dem Gesetze und die Arbeitslosenunterstützung auf.“

„Ich fürchte, das Volk wird sich empören“, protestierte ich kraftlos.

„Ueberlassen Sie das nur mir, Sire, das Volk wird sich nicht aufheben. Wir werden das Volk vorerst allmählich an den Rechtsraub gewöhnen. Wir werden gesetzlich festlegen, daß jeder, der das Ei hartgekochten ist, ein Vaterlandsverräter sei. Am nächsten Tag streichen wir dann die Religionsfreiheit und die Arbeitslosenunterstützung. Und sobald jemand gegen die Streichung der Arbeitslosenunterstützung protestiert, stellen wir fest, daß er hartgekochtes Eier gegessen hat.“

„Mir wurde angst und bange. Was wird England dazu sagen?“ warf ich ein. Doch Pemete beruhigte mich auch in dieser Hinsicht. England habe viele Feinde, die alle zu uns halten würden.

Ich wollte die Angelegenheit auf ein reales Gebiet steuern und fiel ihm ins Wort:

„Und wieviel kostet eine solche Staatsgründung, Herr Pemete?“

Er kalkulierte laut:

„Eine Kanone 8000 Pengö... Orden... Reisekosten... zwei Tage Verpflegung, bis die ersten Steuern einlaufen... Ich glaube, mit 20 000 Pengö könnten wir uns daran machen.“

„Ich habe im ganzen nur sechs Pengö, Herr Pemete“, erklärte ich traurig.

Er ließ sich davon drei geben.

„Wir geben ein Infestat auf“, erklärte er. „Intelligenter Kurfürst würde einen Herrn aus besserer Familie mit 20 000 bis 25 000 Pengö Kaution als Ministerpräsidenten engagieren. Demokratische oder diktatorische Verfassung nach Uebereinkunft. Bezüge 12 Prozent der Steuern, Wohnung und Frühstück. Schiffe: 21. Jahrhundert.“

Kleine Chronik

Paul Fauconnet †. J. B. Am 12. Dezember starb in Paris vierundsechzigjährig Paul Fauconnet, Professor der Soziologie an der Sorbonne, ein Schüler und Nachfolger Emile Durkheims, in dessen „Année Sociologique“ er mehrere Aufsätze veröffentlicht hat. Er hat sich namentlich bekannt gemacht durch seine Doktorthese „La Responsabilité“ (1920), die klassisch geworden ist. Die sozialen Vorgänge, die die Verantwortung ausmachen, sind nach Fauconnet rechtliche und ethische Vorgänge. Er sucht daher in der Analyse dieser Vorgänge die Elemente einer Theorie der Verantwortung. Er findet, daß in den Regeln und Urteilen der Verantwortlichkeit die abstrakte Zusammenfassung aller kollektiven Denks- und Gefühlstypen zum Ausdruck kommt. Typisch für seine durchheimlich-soziologische Einstellung ist seine Auffassung des Verhältnisses von Freiheit und Verantwortlichkeit. In bewußtem Gegenatz zum Spiritualismus meint nämlich Fauconnet: Nicht weil der Mensch frei ist, weil sein Wollen logisch indetermiert ist, ist er verantwortlich, sondern umgekehrt: weil er verantwortlich ist, hält er sich für frei. Mit anderen Worten, sowohl das Gefühl der Freiheit als auch das der Verantwortlichkeit gehen aus Beziehungen hervor, die zwischen dem Menschen und der moralischen Wirklichkeit, zwischen Individuum und Gesellschaft bestehen.

... um die Zustimmung erachtet wird, die deutschen Rassenetze nicht auf jüdische Bürger der Vereinigten Staaten in Deutschland anzuwenden. — Die früheren amerikanischen Noten über den gleichen Gegenstand sind bis jetzt von Berlin nicht beantwortet worden.

London, 15. Dez. ag (Havas) Das Oberhaus befaßte sich mit der Frage der aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge. Im Namen der Regierung würdigte Lord Plymouth die Bemühungen der Regierungen Frankreichs und Hollands und legte das britische Aktionsprogramm dar, wobei er betonte, daß die britische Regierung weder die Finanzierung der Flüchtlingsaktion auf sich nehmen noch eine unbegrenzte Zahl von Flüchtlingen nach England bringen könne. Die Lösung müsse auf internationaler Basis gesucht und gefunden werden. Es sei angebracht, die Mitarbeit Deutschlands hauptsächlich in bezug auf die finanzielle Seite des Problems abzuwarten.

London, 15. Dez. ag Nach dem Aufruf Lord Waldwins zur Aufnahme eines Fonds zur Hilfeleistung an die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland sind bis jetzt 82 620 Pfund eingegangen. In den letzten Tagen hatte der Präsident der internationalen jüdischen Kolonisationsgesellschaft, Dan Wolf, Besprechungen mit bekannten britischen Juden, in deren Verlauf beschlossen wurde, einen beratenden internationalen Ausschuss und ein Treuhänderamt zu gründen.

Der Bürgerkrieg in Spanien Spionageorganisation in Katalonien

Barcelona, 16. Dez. ag (Havas) Laut Mitteilung der Ministerpräsidentenschaft hat der militärische Informationsdienst eine weitverzweigte Spionageorganisation in Katalonien aufgedeckt, die für Franco tätig war. Geleitet wurde sie von einem gewissen Antonio Amat. Sie lieferte den Truppen Francos militärische Auskünfte, besonders für die Vorbereitungen von Bombardierungen. An der Spitze der Organisation standen neben Amat zwei Genieoberleutnants, ein Arzt und ein Anwalt. Für die Verbindung mit dem nationalsozialistischen Spanien sorgten ungefähr 20 Personen und zahlreiche weitere organisierte Kadres der Phalang.

Die Rechtsstellung Alfons XIII.

Burgos, 16. Dez. (Tel. der „United Press“) Auf den Vorschlag von General Franco hat die spanische Regierung beschlossen, Alfonso XIII wieder in den Genuß seiner bürgerlichen Rechte einzulassen. Durch das Gesetz wird das von den Cortes im Jahre 1931 verabschiedete Gesetz ungültig erklärt, das den König des Reichstages betraute. Auch die Gesetze, die ihm sein Eigentum entzogen, werden damit außer Kraft gesetzt.

Der amerikanische Chinakredit

Washington, 16. Dez. ag (Havas) Die Bundesbank für Ausfuhr und Einfuhr bewilligt China einen Kredit von 25 Millionen Dollar zum Ankauf amerikanischer Produkte. Die Vorkaufe werden von der Bank von China garantiert und sind in fünf Jahren zurückzahlen. — In politischen Kreisen wird diese Kreditaktion als neue Rundgebung der amerikanischen Regierung dafür betrachtet, daß sie nicht gewillt ist, dem japanischen Druck nachzugeben und ihre Forderung auf die Erhaltung der Politik der offenen Türe in China fallen zu lassen.

Die russisch-japanische Spannung

Tokio, 15. Dez. ag (Domei) Die unfreundlichen Äußerungen, die der russische Volkskommissar Molotow und Marschall Woroschilow anlässlich des Jahresfestes der russischen Revolution gegenüber Japan fallen ließen, bildeten am Donnerstag Gegenstand einer dreistündigen Unterredung zwischen Witwinow und dem japanischen Botschafter Togo in Moskau.

In bezug auf das zwischen Japan und Rußland abzuschließende Fischereiabkommen verlangte Japan die Beibehaltung des Status quo, während Witwinow die seit 1935 veränderte Lage hervorhob. Er bemerkte weiter, die sowjetrussische Regierung habe Kenntnis davon, daß Japan unter dem Vorwand des Antikominternpaktes mit Deutschland und Italien in Verhandlungen getreten sei, um ein sowjetfeindliches Bündnis abzuschließen. Der stellvertretende japanische Kriegsminister habe kürzlich erklärt, daß man sich auf einen Krieg gegen Sowjetrußland vorbereiten müsse. Diese veränderte Lage habe die sowjetrussische Regierung veranlaßt, diejenigen Fischereigewässer, die auch zu militärischen Zwecken benützt werden könnten, aus dem Abkommen auszuschließen. Der japanische Botschafter wies diese Einwendungen zurück und erklärte, das Abkommen zwischen Japan, Deutschland und Italien diene nur dem gemeinsamen Zweck, sich gegen den Kommunismus zu verteidigen.

Die Lage in Ecuador

Quito, 16. Dez. ag (Havas) Im Einverständnis mit der Nationalversammlung hat Präsident Mosquera Narva, gestützt auf das Militärkommando der Hauptstadt und auf die Liberale Partei, die Nationalversammlung aufgelöst und die Verhaftung der Widersacher im Parlament angeordnet. Gleichzeitig schrieb er Neuwahlen aus und setzte den Beginn der Arbeiten des Parlaments auf den 10. August 1939 fest. Zwei Truppeneinheiten in Quito widersetzten sich jedoch diesem Befehl, nämlich das Kavallerieregiment Pachacuti und das Infanteriebataillon Alfaro. Daraufhin besetzten der Regierung ergebene Truppenteile die strategischen Punkte der Stadt. In der Zwischenzeit fand auf Initiative der konservativen und liberalen Abgeordneten eine Sitzung des Kabinetts mit den Offizieren der beiden erwähnten Truppenteile statt, wobei beschlossen wurde, Mosquera Narva als Präsident der Republik

Britisch-deutscher Kampf um den Export

London, 16. Dez. (Tel. unferes *-Korr.) Das Unterhaus hat gestern einstimmig eine Vorlage zur Förderung des britischen Exports in zweiter Lesung gutgeheißen, die den Handelsminister ermächtigt, die bisherigen Kredite von 50 auf 75 Millionen Pfund zu erhöhen und zehn Millionen Pfund für ähnliche Zwecke der britischen Industrie zur Verfügung zu stellen, selbst wenn eine Transaktion, rein kommerziell betrachtet, nicht als genügend sicher gelten kann. Es ist vorderhand noch nicht klar, wem diese „politischen“ Kredite zugute kommen sollen, aber es ist möglich, daß China davon Nutzen zieht. Der Betrag ist allerdings nicht sehr hoch. Es war von Anfang an klar, daß die Vorlage im Zusammenhang mit dem höchst unbefriedigenden Stand der Dinge, den die Methoden der deutschen Wirtschaftsexpansion namentlich in Ost- und Südosteuropa geschaffen haben, Bedeutung erlangen würde. Mit dem Abwehrwillen, der in ihr zum Ausdruck kommt, muß Dr. Schacht rechnen, wenn er heute in London diese Fragen aufgreift. Die maßgebenden Stellen der nationalsozialistischen Hierarchie haben offensichtlich bis vor kurzem die Warnungen, die kürzlich Unterstaatssekretär Hudson und der Präsident des Handelsamtes schon früher geäußert hatten, nicht wirklich ernst genommen. Die gestrige Debatte im Unterhaus und die Annahme der Exportkreditbill dürfte sie eines besseren belehren. Die Voraussetzungen für eine Verständigung auf rein wirtschaftlicher Grundlage, die natürlich den Verzicht auf alle jene Praktiken bedingen müßte, die man hier im Auge hat, sind wohl noch immer vorhanden. Man gibt sich hier darüber Rechenschaft, daß die nationalsozialistische Regierung sich von der Ausfuhr in politische Manöver Konzessionen verspricht.

Die britische Regierung hofft demgegenüber nach wie vor, daß es möglich sein werde, mit Deutschland zu Vereinbarungen zu gelangen, die den für beide Länder nachteiligen, für die Deutschen aber geradezu ruinösen Handelskrieg auf den ausländischen Märkten aususchalten. Die Ausführungen, mit denen der Handelsminister Oliver Stanley gestern die Debatte abschloß, zeigten, daß die Regierung entschlossen ist, sich nichts abtropfen zu lassen. Wir haben schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß zwischen dem Abwehrwillen, der sich heute, von manchen Kreisen der City gefördert, im Handelsministerium spürbar macht, und der Verständigungsbereitschaft Chamberlains im politischen Feld ein gewisser Gegensatz besteht. Dieser Gegensatz ist aber in den letzten Tagen eher kleiner als größer geworden, wie die Erklärungen Chamberlains bezeugen. Wenn man nach den Gründen dieses Stimmungsumschwungs sucht, so wird man nicht außer acht lassen dürfen, daß der Premier, der von der Wirtschaftswelt her erst spät in die Politik eingetreten ist, über die Strömungen in den Wirtschaftskreisen besser orientiert ist als mancher seiner Mitarbeiter. Er kann dabei nicht wohl übersehen, daß statt des Aufschwungs, den seine Politik hätte bringen sollen, eine Art Stagnation im Wirtschaftsleben anhält, die vielleicht mehr physiologisch als durch die tatsächlichen Verhältnisse bedingt ist. Chamberlain hat in seiner Rede auf dem Bankett der ausländischen Presse abermals zu verstehen gegeben, er sei zur Verständigung mit Deutschland bereit. Verständigung setzt aber Abgrenzung und

Definierung der Ziele von Seiten des Fordernden voraus, und dazu hat sich der Nationalsozialismus bis jetzt nicht im eigentlichen Sinne bereitfinden lassen.

Da und dort rechnet man damit, daß Hauptmann Wiedemann im Januar nach London kommen und die Frage der Kolonien zur Diskussion stellen werde. Dafür, daß sie in der nächsten Zeit wieder erhöhte Aktualität erlangen werde, scheint auch die gestrige Rede Dr. Goebbels zu sprechen, der wieder einmal betont hat, daß die Enge des deutschen Lebensraumes die Behandlung der sozialen Probleme erschwere. Man wird hier nicht verfehlen, diese Rede neben die andern Aspekte der politischen und wirtschaftlichen Aktivität Deutschlands zu stellen.

Darüber, daß Dr. Schacht während seines Besuches in London das seinige zur Behebung der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten beizutragen habe, sind sich hier die Beobachter einig. Weniger sicher ist aber, ob die Projekte, die ihm in bezug auf die Finanzierung der jüdischen Emigration zugeschrieben werden, hier Gegenliebe finden. Es fehlt aber heute schon nicht an Winken, daß die Alternative für die Juden Schlimmeres bringen könnte, als man bis jetzt gesehen. Wie man sich auch angeht, das Verhalten des deutschen Volkes zu den Pogromen zu solchen verschleierte Drohungen stellen mag, man hat hier jedenfalls die Entgleisungen des „Schwarzen Korps“ während der schlimmsten Tage im November nicht vergessen. Es ist kaum anzunehmen, daß Dr. Schachts Erhebungen hier sofortige Resultate zeitigen werden; aber man darf auf die Auswirkungen seiner Londoner Unterredungen gespannt sein, in denen, wenn der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ gut unterrichtet ist, auch die Warnung mitschlingen soll, daß für Europa Schlimmes bevorstehe, wenn es nicht gelinge, Deutschland aus dem heutigen Chaos der nationalsozialistischen Verwaltungsmethoden zu retten.

London, 16. Dez. ag „Daily Telegraph“ befaßt sich mit dem Besuch Dr. Schachts in London und schreibt, Deutschlands Bedürfnis nach Expansion seines Exporthandels unterstreiche die Anregungen, die von Dr. Schacht britischen Finanzfachverständigen gegenüber gemacht worden seien. Schacht trachte danach, den deutschen Export nach England um 20 bis 25 Prozent zu steigern. Ferner hoffe er, eine Erhöhung der deutschen Exporte nach den Vereinigten Staaten zu bewirken. Sein Vorschlag gehe dahin, daß England und Amerika diese vermehrten Exporte bezahlen sollten und nicht auf dem Clearingwege, da Deutschland dringend Devisen brauche, um andererseits Importe zu bezahlen. Ein Teil des Bargeldes, das auf diese Weise nach Deutschland käme, würde dazu verwendet, die Emigration der Juden aus Deutschland zu ermöglichen. Der Hauptteil würde aber der Reichsbank zufallen. Man wisse, daß Dr. Schacht die Warnung geäußert habe, entweder werde ein derartiger Plan angenommen, um die deutschen Finanzen aus dem Chaos nationalsozialistischer Verwaltung zu retten, oder es drohten weit schwerer wiegende politische Entwicklungen in Europa.

Großbritannien

Die Flottenbauten

London, 16. Dez. ag Wie „Daily Telegraph“ mitteilt, wird England im nächsten Jahr 45 neue Kriegsschiffe mit insgesamt 355 705 Tonnen Wasserdrängung von Stapel lassen. Eine solche Zahl sei in Friedenszeiten noch von keinem Land erreicht worden. Es handle sich um fünf Schlachtschiffe, drei Flugzeugmutterchiffe, fünf große und sieben kleine Kreuzer, elf Zerstörer, neun Unterseeboote und fünf Schaluppen.

„Vereinigung für den Völkerbund“

London, 15. Dez. ag Der Erzbischof von Westminster, Cardinal Hinsley, hat lobend Lord Cecil seine Demission als Vizepräsident der Vereinigung für den Völkerbund bekannt gegeben, in der Ansicht, daß die Vereinigung ihren Charakter als politisch neutrale Institution verloren habe.

Britisches Reich

MacDonalds Rede

London, 15. Dez. ag (Havas) Am Bankett zu Ehren des neuen britischen Oberkommissars in Neuseeland, Sir Henry Batterde, ergriff auch Kolonialminister Malcolm MacDonald das Wort und protestierte gegen die Auslegung, die von einigen Zeitungen seiner am Dienstag im Konstitutionellen Klub gehaltenen Rede gegeben wurde. In dieser Rede hatte Malcolm MacDonald auf das Vorhandensein gewisser „zerstörerischer Kräfte“ im Schoße des Britischen Reiches hingewiesen. Trotz der Auslegung meiner Ausführungen, so sagte der Minister am Bankett, „glaube ich nicht, daß die Notwendigkeit besteht, die Bande zwischen den Dominions und Großbritannien wesentlich zu verstärken. Ich glaube vor allem nicht an die Notwendigkeit, die Bande zwischen Neuseeland und Großbritannien zu verstärken.“

London, 15. Dez. ag Der Agentur Reuter wird aus Pretoria gemeldet:

An einer Zeremonie anlässlich des hundertsten Jahrestages der Burenabwanderung wurde

Schweizer im Ausland

Schweizer Musik in Hamburg und Köln

J. U. In Norddeutschland ist die Schweizer Musik der Gegenwart eingehender vorwiegend nur in Fachkreisen bekannt, und so war es sehr zu begrüßen, daß das Schweizerische Konsulat in Hamburg in Verbindung mit dem Auslandschweizerwerk der N. H. G. ein Konzert veranstaltete, das einem sehr interessierten Hörerkreis in der Hamburger Musikhalle einen Ausschnitt aus dem Schaffen zeitgenössischer Schweizer Komponisten vermittelte. Dr. Willi Schuh (Zürich), hielt eingangs einen von klugem Verständnis getragenen Vortrag, der in die Wesensart schweizerischer Musik einführte. Alice Frey (Sopran) und Walter Frey (Klavier) aus Zürich setzten sich für die Werke ihrer Landsleute ein. So wurde die vielfältige Werkfolge zu einem fesselnden musikalischen Streifzug. Wir hörten kleinere Klavierwerke von Schultze, Honegger, Brunner, Bedt, Geiser, Schauble und Schoeck, die Frey mit überlegener, plastisch nachformender Könnenhaft interpretierte. Unter den Gesängen von Schultze, Ansermet, Honegger, die Alice Frey mit feiner Kultur gestaltete, ragte Schoecks „Niederhölzli“ aus dem „Wandsbeter Niederhölzli“ von Matthias Claudius, dem sinnigen Norddeutschen, weit hervor. Diese reif durchformte, innig zu Herzen gehende Liedfolge wird ganz ohne Zweifel die Bedeutung Schoecks auch hier im Norden in erhöhtem Maße bewußt werden lassen. Für die am Konzert teilnehmenden Landsleute waren eine Gruppe am Schluß erklingender Dialektlieder von Nagel, Wehrli, Lang und Andreae dankbar geworfene Heimatlänge.

Am 28. November fand im großen Saal der Musikhochschule in Köln ein vom Schweizerischen Konsulat Köln zusammen mit dem Auslandschweizersekretariat in Bern veranstaltetes Konzert statt. Außer der Schweizkolonie waren dazu geladen die Spitzen der Behörden und der musikalischen Welt Kölns. Der Saal, in dem sich etwa 400 Zuhörer schweizerischer und deutscher Nationalität versammelten, war in entgegenkommender Weise vom Oberbürgermeister der Hansestadt Köln zur Verfügung gestellt worden. Das Programm des Abends (dieselbe Folge wie in Hamburg) bestritten Dr. Willi Schuh, Prof. Walter Frey und Alice Frey. Allen dreien wurde starker, dankbarer Beifall zuteil. Konful von Weis überreichte Dr. Schuh, Prof. Frey und seiner Gattin im Namen der Schweizkolonie Köln Redierungen vom Kölner Dom zur Erinnerung an diesen wohl gelungenen Abend.

der frühere Attorney der Provinz Kapstadt, Douglas, von der Menge mit Schmährufen überschüttet, als er seine Rede in englischer Sprache halten wollte. Daraufhin setzte er seine Rede in „Afrikaander“ fort und wurde unverzüglich mit Beifall begrüßt. Nach ihm hielt ein Professor für „Afrikaander“ an der Universität in Berlin eine Rede in der Burensprache und hatte damit großen Erfolg, wobei mehrere Personen sogar auf nationalsozialistische Weise grüßten.

Pretoria, 16. Dez. (Tel. der „United Press“) Die Behörden haben für den heutigen Tag der Hundertjahrfeier des Burenkriegs umfassende Vorkehrungen getroffen, da man Ausschreitungen befürchtet. Synagogen und jüdische Geschäfte werden unter besondere Bewachung gestellt.

Tschechoslowakei

Prag, 16. Dez. ag (Havas) Außenminister Chvalovský ist erkrankt und hat seine Reise nach Berlin verschoben. Möglicherweise wird er dieses Jahr nicht mehr nach Berlin reisen können.

Rumänien

Bukarest, 16. Dez. (Tel. der „United Press“) Der Direktor des königlich-meteorologischen Observatoriums in Bukarest, Professor Deteklesjanu, ist unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zur Eisernen Garde verhaftet worden.

Zwei in ungarischer Sprache erscheinende Zeitungen in Stebenbürgen wurden verboten; der Herausgeber, ein ungarischer Priester, wurde wegen illegaler Tätigkeit verhaftet. Vermutlich handelt es sich um irredentistische Propaganda.

Rußland

Todesurteile gegen Saboteure

Moskau, 15. Dez. ag Im Gebiet von Stalingrad wurden wieder zwei Prozesse gegen Saboteure und Schädlinge der Wirtschaft durchgeführt. In einem Fall wurden sieben Personen der Detektivstation, darunter eine Frau, wegen Sabotage in der Bekämpfung der Schneewege zum Tode verurteilt. Durch diese Sabotage sollen die Kollektivwirtschaften größere Verluste zugefügt worden sein. Bei den zu Tode Verurteilten handelt es sich um Jungkommunisten, die das erste Jahr auf verantwortlichem Posten tätig waren. Im zweiten Prozeß wurden sechs Arbeiter einer Traktorenfabrik wegen Unterdrückung von Ersatzteilen ebenfalls zum Tode verurteilt. Diese Ersatzteile sollen an Einzelbauern weiterverkauft worden sein.

Syrien

Politisches Attentat

Aleppo, 15. Dez. ag (Havas) Hier wurden zwei Oppositionsführer überfallen, nämlich Abdul Afkar Messouth und der Scheich Abdul Kader Aramami; beide erlitten schwere Verletzungen. Die Attentäter konnten entweichen.

Vereinigte Staaten

Rücktritt des Handelsministers

Washington, 16. Dez. ag (Havas) Daniel Roper, der Handelsminister der Vereinigten Staaten, hat seinen Rücktritt eingereicht. Diese Demission ist auf persönliche Gründe zurückzuführen, da Roper aus dem politischen Leben auszuschcheiden wünscht.

Philippinen

Manila, 16. Dez. ag (DNB) James Fugato, der langjährige amerikanische Gouverneur der Sulu-Inseln, ist ermordet worden.